



Dokumentation der
Preisverleihung

Das politische Buch 2015

Thomas Piketty
Das Kapital im 21. Jahrhundert

Berlin, 20. Mai 2015

Die vorliegende Dokumentation gibt in leicht gekürzter und überarbeiteter Form die Reden wieder, die anlässlich der Preisverleihung „Das politische Buch“ an Thomas Piketty am 20. Mai 2015 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin gehalten wurden.

Eine Videoaufzeichnung der gesamten Preisverleihung findet sich im Internet unter:

➤ https://www.youtube.com/playlist?list=PLI9CwYW3a-6UrY5PvRHA5OBIVZJ96O_AE

➤ <http://www.sagwas.net/live/>

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

© Friedrich-Ebert-Stiftung
Verantwortlich: Dr. Tobias Mörschel

Fotos: Reiner Zensen

Gestaltung: kakoi GmbH, www.kakoi.de



Inhalt

4 Begrüßung und Eröffnung

Kurt Beck, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

6 Festrede

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

12 Rede des Preisträgers

Thomas Piketty

18 Podiumsgespräch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“

Thomas Piketty und Olaf Scholz, Moderation: Petra Pinzler, „Die Zeit“

30 Laudatio

Klaus Hohlfeld, Sprecher der Jury „Das politische Buch“

33 Begründung der Jury

34 Liste der empfohlenen Bücher 2015

36 Informationen zum Preis „Das politische Buch“

38 Die Preisbücher seit 2000



Begrüßung und Eröffnung

Kurt Beck

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sehr herzlich darf ich Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, namens der Friedrich-Ebert-Stiftung willkommen heißen.

Es ist uns eine besondere Freude und eine große Ehre, lieber Herr Professor Piketty, dass wir Sie in unserer Mitte haben, und das aus einem ganz besonderen Grund: Um Sie geht es heute, um Ihr Werk, um Ihre Gedanken, um Ihre Impulse, um die Anregungen, die Sie in die gesellschaftliche, wirtschaftliche Debatte, in die Zukunftsdebatte eingebracht haben. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Ich begrüße auch den Ersten Bürgermeister, den Präsidenten des Senats der

Freien und Hansestadt Hamburg, unter uns: Olaf Scholz. Lieber Olaf, herzlich willkommen und danke, dass du nachher zu uns sprechen wirst.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Dr. Klaus Hohlfeld und bei den Mitgliedern der Jury dafür, dass sie bei uns sind, und dafür, dass sie sich dieser Herausforderung unterzogen und uns eine Entscheidung vorgelegt haben, über die viele von uns – ich darf es auf jeden Fall für mich in Anspruch nehmen – sehr glücklich sind.

Und wenn ich auch Herrn Dr. Detlef Felken vom C.H. Beck Verlag auch herzlich begrüße, dann sei auch in diese Richtung ein Dankeschön gesagt.

Ich will auch herzlich an dieser Stelle Frau Petra Pinzler begrüßen. Sie wird uns nachher durch die Debatte führen, die wir aus zeitlichen Gründen leider ein bisschen straffen müssen.

Es ist uns eine große Ehre, dass wir viele Repräsentantinnen und Repräsentanten anderer Länder bei uns haben. Exzellenzen, meine sehr geehrten Damen und Herren Botschafterinnen und Botschafter, Konsulinnen und Konsuln, ich heiße Sie herzlich hier in der Stiftung willkommen und betrachte Ihre Anwesenheit als freundliche Geste, aber auch als Interesse daran, die Wirtschafts- und Gerechtigkeitsdebatte, die von diesem Werk ausgeht, mit aufzunehmen, zu beobachten und zu begleiten.

Ich freue mich darüber, dass eine Reihe von heutigen und früheren Regierungsmitgliedern aus Bund und Ländern bei uns sind und viele Abgeordnete uns die Ehre geben, bei uns zu sein. Und unter Ihnen allen, meine Damen und Herren, sind so viele Persönlichkeiten, die ich von Herzen gern einzeln begrüßen würde. Erlauben Sie mir, dass ich Frau Professor Schwan stellvertretend für Sie alle begrüße.

Diesen Preis gibt es seit mehr als 30 Jahren. Es gilt, aus der Vielzahl der politischen Bücher immer wieder eines auszuwählen, das eine ganz besondere Bedeutung in der politischen Debatte hat. Diese Auszeichnung für „Das politische Buch“ ist ein besonderes Zeichen, weil wir uns zweierlei bewusst bleiben wollen: Die politische Debatte darf nicht oberflächlich sein. Deshalb hat das politische Buch eine ganz be-

sondere Bedeutung: Es regt dazu an, die politische Debatte gut begründet und nachvollziehbar immer wieder neu aufzunehmen, nicht dem Mainstream zu erliegen und so zu verhindern, dass alle dasselbe denken, alle dasselbe schreiben und an Hochschulen alle dasselbe über Ökonomie lehren und die sozialen und ökologischen Aspekte dabei unterzugehen drohen. Denn Debatten intellektuell sauber und anregend zu führen, das ist unsere Hoffnung. Ich bin sicher, es wird auch diesmal gelingen.

Aber lassen Sie mich auch Anfang Mai 2015 sagen: Für uns, die wir aus der sozialdemokratischen Familie kommen und uns ihr zugehörig fühlen, ist natürlich immer auch im Hintergrund, dass das Buch und der freie Zugang zum geschriebenen Wort etwas mit dem Wesen von Demokratie und Freiheit zu tun haben, denn Deutschlands schwärzeste Zeit, die Nazi-Diktatur, hat unter anderem dadurch begonnen, dass am 10. Mai 1933 Bücher verbrannt und von da an der freie Geist vernichtet wurde. Am Ende wurden mit Gewalt und Terror die Freiheit an sich und das Leben von unendlich vielen Menschen zugrunde gerichtet. Deshalb ist immer auch diese Erinnerung Teil der Preisverleihung.

Verehrte Damen und Herren, es verlockt einen, zu einem solchen Thema etwas zu sagen. Aber die heutige Veranstaltung ist eng getaktet. Deshalb freue ich mich darüber, dass Olaf Scholz nun zahlreiche Impulse gibt. Ohne weitere Vorrede: Lieber Olaf, du hast das Wort.



Festrede

—
Olaf Scholz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Soziale Gerechtigkeit, überhaupt: Gerechtigkeit – wie sie herzustellen und zu erhalten sei: ein uraltes und jede Woche aufs Neue aktuelles Menschheitsthema.

Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ beginnt nüchterner, zumindest für uns deutsche Leser in der Übersetzung. Die Verteilung der Vermögen, sagt der Autor im ersten Satz, sei „heutzutage eine der interessantesten und meistdiskutierten Fragen“. Der Satz kann, da bin ich sicher, in allen folgenden Neuauflagen so stehen bleiben, unverändert.

Und der Autor wird mir wohl nicht widersprechen, wenn ich behaupte: Die

Verteilung der Vermögen wird eine der meistdiskutierten Fragen nicht nur deshalb bleiben, weil sie wissenschaftlich interessant ist, sondern weil sich um sie eine Menge Leidenschaft rankt, gespeist aus dem brennenden Wunsch, in einer gerechten Welt zu leben, in *fraternité*.

Die Leidenschaft brauchen wir. Sie hat die jungen Männer Karl Marx und Friedrich Engels bewegt, die ein diesseitiges Paradies vor Augen hatten. Sie hat – wenn Sie mir gestatten, vorerst in der deutschen Geschichte zu bleiben – in unserem Land im 19. Jahrhundert die Sozialdemokratie hervorgebracht. Und: Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist im 21. Jahrhundert unverändert virulent.

Ich glaube, ein Grund für den Erfolg und die immense Resonanz des vorliegenden Buches von Thomas Piketty besteht allein schon darin, dass es, auf über 800 Seiten empirisch unterfüttert, das sagt, was einem emotionalen Grundgefühl sehr vieler Bürgerinnen und Bürger entspricht. Und wer will es ihnen verdenken, wenn sie in ein intensiv rezipiertes wissenschaftliches Werk die Hoffnung setzen, es möge schwarz auf weiß und EDV-gestützt mathematisch beweisen, was sie empfinden?

Die wissenschaftliche Leistung Pikettys wird zumeist auch von den Kritikern gewürdigt. Das ist ja nicht selbstverständlich. Ein paar Aussagen aus der amerikanischen Debatte will ich hier wiedergeben:

Tyler Cowen (Professor of Economics an der George Mason University) bezeichnet das Buch in „Foreign Affairs“ als eine bahnbrechende Analyse ökonomischer Ungleichheit; er glaubt aber nicht, dass das Verhältnis von Kapital zu Einkommen die soziale Situation hinreichend erkläre. Er hält die traditionellen Erklärungen „technologischer Fortschritt“ und „Wettbewerb durch Niedriglohnländer“ für nicht ausreichend von Piketty berücksichtigt. Die Vorschläge für Vermögenssteuern beziehungsweise Vermögensabgaben hätten im Falle ihrer Umsetzung zudem nicht in ausreichendem Maße die wünschenswerten Folgen.

Die Zeitschrift „The Economist“ bezeichnet Pikettys Buch in einem Leitartikel als wichtigen Beitrag zur Einkommensforschung. Besonders der Ansatz, durch

Statistiken über Steuereinnahmen Ungleichheit zu messen, sei wertvolle Pionierarbeit. Die im Buch enthaltenen wirtschaftspolitischen Rezepte werden vom „Economist“ dagegen kritisiert: Piketty betrachte, ohne dies schlüssig zu begründen, die Bekämpfung von Ungleichheit und nicht die Förderung von Wirtschaftswachstum als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe der Zukunft und fixiere sich zudem auf die Erhöhung von Steuern für Wohlhabende; andere Konzepte zur breiteren Streuung von Kapital seien in dem Buch nicht enthalten. Piketty ignoriere zudem die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung einer umfassenden Umverteilungspolitik. Das Fazit zum Buch lautet unter anderem (nicht übertrieben freundlich): „It is a poor blueprint for action.“

Paul Krugman, „The New York Times“, sagt: „It seems safe to say that ‘Capital in the Twenty-First Century,’ the magnum opus of the French economist Thomas Piketty, will be the most important economics book of the year – and maybe of the decade. Piketty, arguably the world’s leading expert on income and wealth inequality, does more than document the growing concentration of income in the hands of a small economic elite. He also makes a powerful case that we’re on the way back to ‘patrimonial capitalism,’ in which the commanding heights of the economy are dominated not just by wealth, but also by inherited wealth, in which birth matters more than effort and talent.“

Was kann man dem hinzufügen? Ich wage diese Aussage: Das Buch von Piketty ist in seinen Schlussfolgerungen ein Ruf

nach mehr Politik. Nach mehr demokratischer Politik wohlgemerkt.

Das ist sympathisch. Denn die Vorstellung, dass sich aus volkswirtschaftlichen Analysen quasi im kautskyschen Sinne mit Naturnotwendigkeit gesellschaftliche Entwicklungen vorhersagen und politische Zielsetzungen ableiten ließen, war noch nie wirklich überzeugend.

Mehr Politik, aber wie? Nach Piketty ist sie im Hinblick auf ein gerechtes Steuersystem gefordert. Das ist, allemal im globalen Maßstab, richtig. In manchen Ländern deshalb, weil sich Millionäre und Milliardäre so wenig an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, dass diese Länder zentrale Herausforderungen der Zukunft und der Daseinsvorsorge nicht vernünftig bewältigen können. In anderen Ländern mehr aus Gründen der sozialen Balance, weil angesichts bestehender Steuern substanzielle zusätzliche Ressourcen für staatliches Handeln kaum zu erwarten sind und zusätzliche Umverteilung schon in quantitativer Hinsicht nicht das entscheidende Instrument sein kann, die eigentlichen Herausforderungen für die Zukunft zu bewältigen.

Mehr Politik ist – aus der Perspektive Pikettys, wie ich sie nachempfinde – auch in internationaler Dimension nötig. Steueroasen und die Tatsache, dass Staaten ihre Steuergesetzgebung gegeneinander ausspielen, bedrohen die Steuerbasis der Staaten tatsächlich. Und sie sind natürlich ein Gerechtigkeitsthema. Hier kann nur die Kooperation der Staatengemeinschaft helfen. Wir können feststellen, dass da Fortschritte zu verzeichnen sind. Und

für uns in Europa gilt: Wir brauchen mehr Europa. Eine wachsende Konvergenz der Steuersysteme und wohl auch mehr Kompetenzen für die Europäische Union sind die naheliegende Antwort.

Das emotionale Grundgefühl, dass das Buch ein großes Problem unserer Zeit wissenschaftlich verhandelt und endlich anspricht, kommt nicht von irgendwoher, sondern ich bin überzeugt, dass bei sehr vielen Leidenschaft und Gerechtigkeitssinn ungebrochen sind.

Etliche Politiker in Deutschland, Sozialdemokraten zumal, und ich bin beides sehr leidenschaftlich, haben sich darauf verständigt, dass es in der Wirtschaftspolitik um den richtigen Rahmen geht, innerhalb dessen Individuen und Unternehmen ausreichend Raum für wirtschaftliches Handeln haben; und dass der Staat den Rahmen setzen oder – besser gesagt – zusammenleimen muss. Bei diesem Handwerk geht es weniger um links oder nicht so links, modern oder traditionell. Es geht um eine pragmatische Wirtschaftspolitik, die ökonomische Notwendigkeit mit sozialer Verantwortung verbindet. Und mit dem Ziel, dass niemand aus diesem Rahmen herausfällt beziehungsweise herausfallen muss.

Soziale Transfers sind das unverzichtbare Schwarzbrot des Sozialstaats: Junge zahlen für Alte, Gesunde für Kranke, Arbeitende für Arbeitslose. Das Wort „Umverteilung“ habe ich bisher erst einmal kurz fallen lassen; dies hier ist richtige und notwendige Umverteilung, wie ich sie verstehe im Sinne von: Einer trage des anderen Last; jede Generation



erfüllt den Vertrag mit der vorigen, über die Rentenversicherung, und mit der nächsten, indem sie ihr gute Bildung und Ausbildung zahlt.

Noch eine notwendige Umverteilung gibt es: Umverteilung als Ergebnis von Tarifverhandlungen – aber ja, immer wieder, ohne Arbeitskampf keine Sozialpartnerschaft. Und wenn das nicht reicht, muss der Staat auch mal nachhelfen, durch einen gesetzlichen Mindestlohn zum Beispiel. Oder eine Mietpreisbremse, die verhindert, dass hart verdientes Einkommen gleich wieder umverteilt wird und Familien bei ihrem *pursuit of happiness* benachteiligt und entmutigt werden.

Gerecht ist, was den Einzelnen, seine Familie, seine Bezugspersonen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten und zu organisieren, wie sie selbst es gern gestalten und organisieren möchten, als mündige Bürger nach eigenem Plan, in dem eben skizzierten Rahmen.

Gerecht ist, was den Einzelnen als Teil der Gemeinschaft stärkt. Ausgerechnet in dem Zusammenhang gilt aber ganz besonders, was uns Willy Brandt auf den weiteren Weg mitgegeben hat: Nichts kommt von selbst, und nur wenig ist von Dauer. In einer wissensintensiven Ökonomie sind nicht nur *yesterday's papers*, sondern auch das gestrige Wissen nun, eben von gestern.

Bildung zählt. Sie ist das wichtigste Instrument, Gerechtigkeit voranzubringen. Dass unabhängig von der Herkunft jeder seine Talente entfalten kann, ist entscheidend. Das gilt auch und gerade für unsere modernen Gesellschaften. Und im Hinblick auf die Arbeitsmärkte, die bei uns immer weniger Arbeitsplätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne berufliche Qualifikation bieten werden.

Also müssen wir sehr wohl die Bildung verbessern, und nichts dringender. Wenn wir die Teilhabechancen aller im Auge haben, nicht nur die einer kleinen gebildeten und einer etwas größeren speziell fachlich ausgebildeten Schicht, wenn wir nicht wollen, dass Teile der Bevölkerung in sehr ungerechter Weise ökonomisch abgehängt werden, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie auf der Tastatur der wissensintensiven Ökonomie mitspielen können. Ich glaube nicht, dass diese Fähigkeit durch irgendetwas zu ersetzen ist.

Individuelle Lebenschancen dürfen nicht vorausbestimmt sein durch die soziale, ethnische oder regionale Herkunft, nicht durch „Mann oder Frau“ und nicht durch eine vermeintlich richtige oder falsche religiöse Orientierung. Sie dürfen auch nicht dadurch eingeschränkt sein, dass wir vor der Aufgabe versagen, allen die erforderliche Bildung und Ausbildung und dadurch Selbsterhalt und Selbstverwirklichung durch Arbeit zu ermöglichen. Denn die wird immer mehr vom Wissen, von der Bildung und Ausbildung abhängen.

Ich widerspreche denen, die postulieren, dass Gerechtigkeit und Wachstum

in irgendeiner grundsätzlichen Weise miteinander unverträglich seien. Das Gegenteil ist richtig: Ein gut funktionierender Sozialstaat ist Bedingung für Wirtschaftswachstum, und umgekehrt braucht er es.

Kein europäisches Land ist besser aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen als Deutschland. Nicht weil wir so neunmalklug oder die anderen nicht so fleißig wären. Wohl aber, weil wir gelernt haben, dass gerade in Krisensituationen keine Gerechtigkeitslücke entstehen darf. Ein entscheidender Hebel war in diesem Fall die Zahlung des Kurzarbeitergeldes.

Damit konnten viele Unternehmen ihre Beschäftigten in den Unternehmen halten und weiterqualifizieren. Entlassungswellen wie in vorausgegangenen Wirtschaftskrisen gab es nicht. Als die Wirtschaft in Deutschland wieder durchstartete, waren die Unternehmen im Vorteil, die ihre Beschäftigten gehalten hatten. Und die hatten nichts verlernt. Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft konnten sich ergänzen und haben es getan – was zu beweisen war.

Heute ist Deutschland Tabellenführer der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und dass wir darauf stolz sind, müssen wir nicht schamhaft verschweigen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 2,6 Millionen deutlich unter der Zahl von fünf Millionen im Jahr 2005. Die Beschäftigung ist auf einem Rekordniveau, sowohl bei den Erwerbstätigen wie auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Löhne und Gehälter sind gestiegen. Die Beschäftigten erhalten ihren Anteil an



der Wertschöpfung in Deutschland. Ist es ein gerechter Anteil? Darüber in Heller und Pfennig zu befinden, ist die Aufgabe von Tarifkommissionen.

Und natürlich, auch das muss gesagt werden: Ohne die Reformpolitik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder stünde die deutsche Volkswirtschaft heute nicht so gut da. Der Arbeitsmarkt ist robust, neue Arbeitsplätze sind entstanden.

Zwei Fragen werden wir im Schweiß unserer Angesichter immer wieder beantworten müssen, weil sie ein ökonomisches Fast-Naturgesetz berühren: Haben wir etwas anzubieten, das andere gebrauchen können und kaufen wollen? Können wir etwas, das anderen nützt? Sind wir dafür gut genug, das heißt fleißig, tüchtig, gut ausgebildet? Weil wir alle mitgenommen, keinen am Wegesrand zurückgelassen haben? Wenn ja, und nur dann, können wir Gerechtigkeit herstellen. Apropos: Niemanden am Wegesrand zurückzulassen heißt auch, denen zu helfen, die ohne Solidarität nicht zurechtkommen. Und es bedeutet, für Menschen mit Behinderung eine inklusive Perspektive zu entwickeln. In Deutschland, aber auch international müssen wir in Bildung investieren. Der wichtigste Rohstoff aller Volkswirtschaften – und die einzig regenerative Quelle der Gerechtigkeit – sind der Ehrgeiz und das Wissen und Können derer, die in ihr leben. Schöpfen wir daraus.

—
Preisverleihung

Das politische Buch 2015

Berlin, 20. Mai 2015



Rede des Preisträgers

—
Thomas Piketty

Let me first apologize for not being able to talk to you in German, which I would love to be able to do, but unfortunately, my German from school is not good enough for this. Let me also apologize that my English sounds a lot like French. But at least for some of you who know French maybe this will be an advantage; but still I thought that it would be easier for you to understand me with my French-English rather than in French.

I am very glad to be here today and I am very honored by this prize. This prize really means a lot to me. I also got a couple of prizes for my book; but I think this one is – to me – the most meaningful. I got a very strange prize from the

“Financial Times,” which I could not understand, because they started by criticizing my book, and then, at the end, they gave me their “Best Business Book of the Year” award. They seem to be very confused; whereas here, I think you are more consistent, probably, in your reading of the book. So this prize is very meaningful to me.

You know, I was very happy with the very good reception of my book in the English language in the U.S. and in Britain, but for me the European debate – in particular the debate in the euro-zone countries, particularly in Germany and in Berlin – is particularly important; and I am much more interested in this euro-zone debate than in the debate among the one

percent in America. And so, you know, to me, being here and receiving this prize is particularly meaningful.

Let me make a couple of remarks about my book and about some lessons that can be drawn – maybe – from my book about the current situation in Europe. You know, my book is probably a bit too long, and I also apologize for this. On the other hand, there are reasons for this. In this book, I try to provide historical evidence for the evolution of income and wealth in over 30 countries across three centuries. So this text needs a lot of space to just expose the material. This book really comes from a very collective historical research program, where we have been collecting historical data in national archives, in tax archives, in different archives, and we began with the 19th century, sometimes with the 18th century. At the end of the book, I try to draw conclusions about the future from this historical material; but let me make very clear that I am much better at analyzing the past than the future. I have no problem with disagreements and different interpretations about the future.

Ultimately the objective of my book is not so much to say: okay, these are the implications for the future, but rather to help people to make up their mind about this important issue. The ultimate objective is to contribute to a democratization of economic knowledge, which I think can also contribute to a democratization of the economy itself. But this is only a book, and ultimately what makes me very happy is to see, to meet many people in different parts of the world who tell me that they usually don't read this kind of book and were able to read it

until the end. With the help of this book they were able to increase their understanding of the subject, and that is really the objective of the book.

Let me pick one example of one of the lessons from history which I try to refer to in my book, which has to do with the history of public debt. My book is mostly about the history of wealth and capital and income. But I also talk about debt, because if you have assets, you have debt, and both are important. And the history of the public debt is interesting because in the same way that we have already had inequality crises in the past, we have also already had public debt crises in the past. The good news is that there are always ways to solve them. So, the good news is that if you look at the history of the major European countries, of Britain or Germany or France, you find examples in the past where you have over 200 percent of GDP in public debt – in Britain in the 19th century or in Germany or France in the 20th century – so that is even more than in Greece today. And we have always found ways to get around that, to solve this problem. There is no easy way, but there are different ways, and what you can see from history is that there are always alternatives. There are always different solutions.

There is no easy solution, but there are different solutions, and so it is important to look back at this history. It is difficult to have a quiet discussion about public debt and inequality, but maybe by looking at history we at least can show that finding solutions to these problems is not as complicated as we sometimes imagine.

Just to take two extreme examples that I study in my book: You have the example of Britain in the 19th century, where after the Napoleonic War they had over 200 percent of GDP in public debt, and they chose to reduce it very gradually by accumulating a budget surplus. One percent, two percent, three percent of GDP each year in a budget surplus in the 19th century. The good news is that it can work. The bad news is that it takes a very long time. So, in the case of Britain it took more than a hundred years. But this was the time with zero inflation, in fact even slightly negative inflation. So it is not so different from the euro-zone today. And the lesson is that with zero inflation and even with two, three percent of the GDP in primary surplus each year, when you start from 200

percent of GDP, well, you can do the equation. It took them an entire century and in 1919 they were down to 29 or 30 percent of GDP. So it works. But during an entire century they put more money into interest payments than the entire budget they were investing in the education system, which maybe was not the best way to prepare their labor force for the next century. So, that is a trade-off.

I take another example, which is the example of Germany and France in the 20th century, where you have over 200 percent of GDP in public debt in 1945. Well, this goes much faster. If you look ten years later, in 1959 – or at the end of 1953 – you have no public debt anymore in Germany and France. It is less than 20 percent of GDP. So, what happened?



Well, of course, Germany and France never repaid their public debt. They got rid of it through inflation, through debt restructuring – including, as we all know, the external public debt of Germany, which was reduced to zero in 1953.

I think this was a good decision, because this is what allowed Germany and France to invest in growth, to invest in reconstruction in the 1950s and 1960s – without having to repay this huge primary surplus plus interest. Otherwise, they would still be repaying them today, you know, with zero inflation, it is a simple mathematics. So, this was a good decision.

Now, it is a bit ironical of course that today Germany and France are explaining to Southern Europe that the only way to repay your public debt is to have zero inflation, no debt restructuring and to have a primary surplus during the next 20 or 30 years. As you know, according to the official European agreement of 2012, Greece is supposed to have a primary surplus of four percent of GDP for the next 20 or 30 years – which is exactly what Germany and France did not inflict on themselves after World War II. Is this going to happen? Well, this is not going to happen. I think it may be difficult for politicians to admit it, but you know, at some point, instead of waiting until the last minute, it is better to prepare ourselves for this kind of decision. So, why is it not going to happen? I think this would be a big mistake. I think it is important to realize that the total budget going to the entire university system in Greece or Italy or Germany is in the order of one percent of GDP. So, you use four percent of GDP to repay inte-

rest payment to ourselves, because if we take the euro-zone as a whole, our debt – public debt – is internally just like what it was in 1945. I think this would be a wrong decision. So I think at some point one of the lessons of history is that there are different ways to get rid of this difficult situation.

The new generations born in Greece today or in Italy, they are not more responsible for these large public debts. And the new generations born in Lausanne or in Bavaria, at some point, you know, they are like the new generation of Germans in the 1950s: They were not responsible for the public debts of previous German governments and the previous 20 years. Of course, the Greek government made mistakes, but I guess the German government also made mistakes before the reduction of foreign debts in 1953.

Some people don't want to make historical comparisons. I think it is important not to forget about history. We cannot allow a historical amnesia when it comes to this issue of public debt and development and growth. That would be a big mistake. That doesn't mean that there is a simple solution, saying: We can simply solve the problem of one country (Greece) without looking at all other countries: Portugal, France, Italy ... I am certainly not saying that reforms like labor market reforms are not important. They are important. But it will be much easier to have this kind of reform if at the same time we recognize that there were mistakes made in terms of excessive austerity four, five years ago. Labor market reform is not the reason why unemployment has increased so much during the past five years in Europe as

compared to the U.S. The unemployment rate was the same in the U.S. and in the euro-zone five years ago. And we had the same labor market structure as we have today. So if unemployment has increased enormously in the euro-zone whereas it has declined in the U.S. during the past five years, it is because we have taken the wrong decisions. We have tried to reduce the public deficit too fast. I think even the IMF has recognized that they have underestimated the recessionary impact of the measures that were imposed in Europe.

I think it is important to recognize the responsibility of everyone. Of course, there was certainly a Greek government before 2010 and not all European governments are carrying out the reforms that they should. But there is also the responsibility of the euro-zone decisions that were taken as a whole. If we don't recognize this, we will not find a common solution. So, if my book can be useful in one way to recast this debate about public debt in a broader historical, a comparative perspective, my main enemy in my book in a way is intellectual nationalism: the tendency to believe that the problems we have to solve in a particular country at a given point in time are unique and cannot be compared to any other problem, and that there is only one solution. I think it is always wrong.

There is always a lot to learn from other countries and other experiences. It would be a mistake to believe that the only way you can solve the problem is the way we are doing it right now. The simple conclusion is that the financial crisis of 2008 initially came from the U.S., from the U.S. private financial sector and from

an excess of financial deregulation. And because of our bad collective decisions we have transformed it into a European crisis, a European public debt crisis. As we all know, there was no more public debt in Europe initially than in the U.S. or in Japan. So we have just transformed it into a crisis of lack of confidence in the euro-zone, because I think that a system with a single currency and 18 different interest rates, 18 different public debts, 18 different tax systems in competition with one another cannot work; and in particular, if we don't have a common corporate tax, I think we will end up with no corporate tax anymore. We had the Luxembourg leaks scandal at the end of last year, when we realized that many large multinational corporations were paying less and sometimes much less than what small and medium-sized businesses are paying in Germany or in France. But it is not enough to complain or to apologize. Jean-Claude Juncker went to the European media and said: I apologize; but it is not enough to apologize. It is important to realize that this is going to happen again as long as we have all these different corporate tax systems competing with one another in Europe.

If we want to adopt a common corporate tax to follow on this example, we need a euro-zone parliament, where each country will be represented in proportion to its population, where collective decisions can be made that it is no longer possible to make on a national level. I think membership needs to be based on national parliaments, because it is not possible to adopt a common corporate tax without involving the Bundestag, the Assemblée nationale etc. It

is important to have a democratic parliament for the euro-zone that is based on national parliaments. This is a complicated debate, but I think it will also be important, if we want to have a more democratic oversight of all European stability mechanisms and also financial decisions in the field of banking – and also of the level of the public deficit and the level of public investment. I would like to conclude with this.

This is of course a very difficult discussion in Germany – including within the SPD. I think in the long run, the level of the deficit in Europe should be dealt with by a euro-zone parliament, where each country will be represented in proportion to its population – no more, no less.

I know many people in Germany would be afraid to be in a minority in such a parliament. But I think it is difficult to have a single currency and not trust in democracy. At some point, the idea that we can just revitalize democracy with automatic rules for budget deficits – the record of the past five years suggests that this has not been terribly successful when we make the comparison with the U.S., the comparison with Britain, which has now a growth rate that is twice as good as Germany's. There is no reason to be particularly happy about the fact that today in the euro-zone we are just returning to the level of per capita GDP that we already had in 2007/2008, whereas in the U.S. it is ten percent higher. So we have done a bad job. It is important to recognize this.

You know, in my country people like to blame Germany a lot. But I think there

is a common responsibility – the French government has a huge responsibility. Everybody is responsible. It is important to recognize that we all have a responsibility in the long run to change the European treaties that we already changed in 2012. We always say that it is impossible to change them. But in 2012 they were changed in six months. So they will be changed again. But it is important that Social Democracy in Germany and of course the Socialists in France and everybody in the public debate take part in this discussion – instead of waiting until the last minute and the next financial crisis with Greece or with other countries.

So, let me stop there. I think my book is mostly about history. But history can inform some of our debate about the future. Thank you!





Podiumsgespräch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“

Thomas Piketty und Olaf Scholz
Moderation: Petra Pinzler, „Die Zeit“

Petra Pinzler: Ich freue mich, dass ich das Gespräch dieser beiden Herren moderieren darf, die wohl eine Menge Themen haben, über die sie fröhlich streiten können. Ich werde jetzt gleich ins Englische wechseln – nicht, weil ich Französisch nicht mag oder weil wir Französisch und Deutsch etwa nicht mögen, sondern weil hier zwei Pragmatiker auf dem Podium sitzen, die beschlossen haben, dass sie die Sprache benutzen, in der sie sich am fröhlichsten streiten können.

„Die Rendite des Kapitals ist höher als das Wirtschaftswachstum“ – und das produziert wachsende Ungleichheit. Deswegen habe ich gedacht: Wir reden jetzt über Ungleichheit, möglicherweise über Steuern. Wir sind aber bei Europa gelandet. Da hier zwei Männer sitzen, die beide ein sehr starkes Petitum für mehr Europa ausgesprochen haben, würde ich gern mit Herrn Scholz anfangen. Mr. Scholz, you just heard about Europe. What do you think about what you actually heard? We heard that Europe has a huge problem; and it is due to the fact that maybe we Germans are obsessed with austerity. Is this the right analysis?

Olaf Scholz: No. I do not agree with this analysis. I do agree with the analysis that

there is no common tax system. So, I do agree very much that there is some need, for instance, for a corporate tax, which is the same in the euro-zone or in all of Europe. It would be a good development of European democracy if we could get something like that; because otherwise there will always be someone looking for a good opportunity for his country by reducing taxes. This is not the real debate we need. We need a debate about how taxes should be, which tax would be too high or too low to finance public activities. But it is a problem if we always have to take into account what the others will do. This is what we have as a reality today.

I disagree in the question of debt, because from my point of view, the debate is always the same. In 1960, 1970, 1980, 1990 and so on, some people always had the same opinion though the debt was always different. Some were against too much austerity, while others once were in favor of a very active budgetary policy. But they never look at the real deficit we have. So, my point of view is that possibly in recent decades, we did too much; and we accumulated too much debt, so that we have to solve a problem. And in the end, anyone in Germany as well as in the European Union debate should understand that this is now a fact of the constitution or regulations in Germany. There will be no change in that question. For a democratic politician in Germany, it would be very difficult to explain to their people that we will obey a strict policy on budget, but others do not. This is a part of the debate.

Thomas Piketty: A part of the real historical experience with public debt is that Germany in the 1950s never repaid the public debt.

Olaf Scholz: Yes, I agree that things like this happened. But you always have to understand what will come afterwards. The problem is: If we give the message to the market that finances our public activities that we won't pay the money back, this will have some effects on what they do later. This is the reason why we should find solutions. And they have to be found with solidarity between the different nations in the European Union; and it is not just me saying that; also my party has always said that there is something to do – for instance with regard to the Greece problem; but we never said that it could be a way not to pay the debt.

Thomas Piketty: But this is what happened in Germany in the 1950s. You seem to suggest that this had negative consequences on the markets. But I don't see these negative consequences. I see this was a good decision.

Olaf Scholz: There was something different. It was World War II and all the things that happened together with this. And this is not the situation we are in today.

Thomas Piketty: Okay. So, the big question is: The Greek government made mistakes before 2009 and 2010. From the point of view of the young generation of Greeks, who didn't do anything: Were these bigger mistakes than the mistakes made by the German government before 1950?

Olaf Scholz: This is a very good rhetorical question.

Thomas Piketty: No! It is a very precise question.

Olaf Scholz: The answer is that we are not in the situation like this that there are problems that could be solved – and that should be solved –, and that already the governments of the European states did a lot to help Greece. For instance, there has been a cut in the debt. There have been decisions that managed that debt will not be paid in the same way as they would have had to pay it back to the markets. They don't pay the interest rate which they would have to pay if it were market-financed state debt. So, much of money already was spent to help Greece. And there is no one who is not ready to do more. We only have to find a way to get out of the situation. That there is a European democratic debate about this question has a lot of consequences; some consequences for us, because we are responsible, and we should take responsibility even for the Greek people, but also that others have to look at the situation of other European countries that are in the euro-zone for instance. And there are some for instance like Slovenia or Slovakia or the three Baltic states, who say: Yes, we are ready to help; and we already did so. But if you look at our GDP and the GDP per person we have, it is a question of what we should do and what we are ready to finance and to tell our people that it is correct to give some money. So, the question is more about what is the necessary reform strategy for the future and what we can do later with the debt.

I am not optimistic. But I want to be optimistic that there will be a solution between the European Union and the Greece government in the weeks to come; and that there will be an outcome that works and that makes it possible to go on in the future.

Petra Pinzler: We clearly understand that there is disagreement. If we look for solutions: One point that you both had in common is that we need more Europe. How far can that go? You actually said: The European Parliament should decide upon debt.

Thomas Piketty: I didn't say: the European Parliament. I think we need a euro-zone parliamentary chamber, because the euro-zone countries have problems to solve which are not quite the same as the problems in 28 or 29 countries. Some people believe that it should be only a sort of euro-zone, members of European Parliament that should sit together. But I don't think this is the best solution. I think we have to involve national parliaments in European decision-making. You know, there is a proposal that was made by a number of people to have a euro-zone parliamentary chamber that would be made up of members of national parliaments, whatever the details. These are not details, these are very important decisions. But whatever the right solution for this euro-zone chamber, the question I would like to ask you, which to me is very important, is: Would you agree to that not only regarding a common corporate tax, but also regarding the level of the budget deficit and public investment? You know, such decisions should be taken by majority decision-making in this euro-zone parlia-

ment where each country represented in proportion to its population – no more, no less. Yes, Germany has a representation, but that is it. If we are not ready to go in this direction, it is extremely difficult to explain how the single currency can work, if we want to avoid democratic decision-making and we want to put in automatic rules.



Petra Pinzler: The underlying idea is basically we need more democracy. This is where you would probably agree. But how far can it go? The basic idea is more democracy regarding the markets. More democracy at the European level – maybe less to say at the German level – is that a way to go?

Olaf Scholz: First, I would like to stress that I think that there should be more decisions at a European level. I very much support the idea that the decision of what questions should be decided on the European level cannot be managed by the outcome. We have to give those competencies to the European Union and to the parliament for instance, where we think it is the right way to have a regulation on the European level. It is not necessary to know that it will be always the right decision. In this case, I underline the idea that democracy is the solution. I am sure that this is a question which we could find on taxes for instance. The taxes should be taken by the national states, but there should be some regulation on the European level which we have in common. I am a little bit skeptical that the agreements we have in the treaties could be revised by a parliament, which would be a state building process; and we are not at that level today.

And I disagree about the debt question in one point. I agree that we have to make it possible to pay debts. This is a question of justice also. It is a question of having a tax system which makes the states able and gives them the possibility to pay the debts they already have. This is a question we cannot forget. But we are also obliged to look to the labor market and to the other markets we have in the different countries; and being a lawyer, to make this joke: I am always a little bit fighting with the economists, because I think they always look at the figures. (It is a bad joke.) They always look: What are the numbers? This is sometimes the most unimportant question, because if there is a country, for instance, which developed an industry that is no longer producing things that work on the world markets, and they are not able to sell their goods, because, for instance, they are producing things which are produced in cheap labor markets – in China, in Vietnam, in places like that – at that time, but who continue with this production for several decades, because of state intervention – and this happened to some countries in Europe –, they will have problems continuing with this production, even if they have the chance to double their state debt. What they really need, is a process, a performative process which makes it possible to produce things that are working in the world market and which are not related to cheap labor. I always say that we are quite lucky at this moment in Germany. We cannot be sure that this will be the same in 10, 15 or 20 years. But what really happened and makes the German economy quite successful at the moment, is that we sell consumer goods which are quite expensive, like cars, for instance, and that we sell machines which are necessary to produce consumer goods somewhere in the world with cheap labor. This is something where we can earn quite a lot of money and can pay high wages to the people employed here.

And if others decided by state intervention for instance to stick to production which is no longer in Germany, they will have a problem with or without state debt. So, it is necessary to look at these market questions as well and not just the debt question, because if you are not looking at them, having the chance to make much more debt is just a chance to look away from the real problem you have.

Thomas Piketty: I think we need to do both. We need to solve the debt, and we need to invest in the future, invest in education and invest in high-productivity goods. This is why I was comparing in my discussion how much we invest in higher education, how much we repay in interest payment. When we put four, five times more money, which some countries in Europe do, into interest payment rather than invest in higher education – that is not good for the future. I think this is an example where in history, you find a lots of cases where debts are not repaid, because this is a way then to invest in the future and to have more capacity to invest in the future. This happened not only to Germany, but to many other countries.

The future of Europe clearly lies in high-productivity jobs, investment in human capital. I think it is not a good situation, where we have so many of our brightest students and scientists who go to U.S. universities and never come back. If it was only economists, it will not be too bad, because economists are not so useful. But these

are also biologists, computer scientists – really useful people. And this happens not only in France or Greece, but in Germany as well. When I go to the MIT or Stanford, I see lots of German scientists who never return to Germany. I think it is not a good situation for Europe, neither for Germany, nor for France, nor for anyone, to have 90 percent of the world's best universities in the U.S. The GDP of the Europe Union is the same as that of the U.S.

Olaf Scholz: I disagree. It is not correct what you say about universities.

Thomas Piketty: It is not 90 percent?

Olaf Scholz: No, it is much less.

Thomas Piketty: But would you agree that the exchange between both sides of the Atlantic is very asymmetric in this respect?

Olaf Scholz: No. But to be very honest: Once, when I was at Harvard and had a talk about foreign policy questions, not about what we discuss today, I read an article in "Time". In this article, there was a really important message: that more than 50 percent of the people who have a Ph.D. in technical studies like physics etc. have not been born in the United States.

Thomas Piketty: You are right. Then they stay there.

Olaf Scholz: The answer is that the education system in Europe is better than in the United States and that we have a broader education at universities, which is good for more people in Europe. I am very much stressing the fact that we should be successful with the very good universities and that we should do more about that question. But the American system works concerning the dollar, concerning the state debt and concerning the scientific system on imports from Europe and other places of the world.

Thomas Piketty: You are right. But this is a huge waste for us. This is exactly why this is a problem. We are spending a lot on the primary, secondary education system. I very much agree with you that by and large our primary and secondary education systems in Germany, in France and in Europe are better than in the U.S. They are more comprehensive. They manage to bring a larger fraction of the population to a high level. But then, many of our brightest students, coming from these good secondary school systems or undergraduate university systems, end up in the U.S. and they don't return. They don't come back. That is the point. Many of them just stay there forever and have their bio lab or computer science lab there and spend their entire life there. And a big part of the higher innovation and higher productivity growth that you have in the U.S. comes from the fact that in spite of their huge inequality, in access to skills, in the workings of the labor market, they manage to attract a big part

of the scientists and innovators from the rest of the world, who stay there. This is not inequality in the U.S. This is not a reason why they have more innovation. The reason why they have more innovation is that they take some of our human capital and then they keep it there. I think, we agree that this is not a good situation and that we need to have better universities in Europe so that these scientists return to Europe or just stay in Europe and that we attract more innovation and scientists from the rest of the world. That is not what we are doing now.



Petra Pinzler: Would you go so far as to add: Instead of repaying the Greek debt, we should better spend this money in education? Is it that simple?

Thomas Piketty: Yes. By and large, yes. It is that simple. Again: You have historical precedents. It is very clear. Again, to take the post-World War II example, which maybe is the most familiar here that it was much easier to invest in public infrastructure; so, it is not only in education; it is also in public infrastructure of all sorts in the 1950s, 1960s – without having to repay any interest payment. When you have four percent of GDP in interest payment to repay forever, that is difficult. That is a lot of money. There is a balance of how much money you can repay forever in interest payment and how much you can invest in infrastructure and education.

Petra Pinzler: An underlying interesting question for a social democrat is that what he is saying is that the way we deal with the crisis is increasing inequality in Europe. At what point does it really become unsustainable? How much growth do we need to get out of this question? How can we actually do it without going for the radical solution like the economist, who doesn't have to deal with politics suggestions?

Olaf Scholz: I think we need a big increase in the GDP. We should do anything to develop the markets to make it possible. Those who discussed with me about different topics know that I always support decisions which are good for the development of the economy, which is like this. We need to invest a lot of money into the infrastructure and even in the science and research systems. My point of view is that it is not a problem. We can do so, if we want. It is something our states could do. It is a political decision we have to do or not. I don't want to continue the question whether the universities in Europe are not as bad as some people say.

But aside from this question: Yes, I do agree that we should invest more; and I say: Yes, we can do so! But also, we must find ways to develop new markets, new technologies and new companies. There is an entrepreneurial situation, when new markets, new businesses and new chances for employment are occurring in Europe. And this is what we have to think about. And this is not – to take the Greek example – this is not a question of the state. It is bureaucracy. It is the question that there is not a working taxation system; that the rich people don't pay taxes in Greece. It is a question that if you want to start a company, you need a lot of acceptances and licenses, it's incredible, even in bureaucratic Germany. And that anyone who has to give you a license, asks you for some support. If this is the situation, you will not come out of this with no debt and with double the number of the debt. You have to solve this problem. And aside from this, we have to do something to help our countries.

It is my point of view that we always have to discuss these European questions and what should be done from a European perspective. I always argue and recommend that no one asks first: What is good for France? What is good for Belgium? What is good for Norway? What is good for Sweden? What is good for Germany? At a German level, we discuss fiscal questions. We also don't have the right to discuss what is the best for North Rhine-Westphalia and Hesse etc. But we have to discuss from a European perspective. And the most important thing is that we have to be more successful with the development of more employment and of entrepreneurial situations which produce more employment. We should invest more in our infrastructure and more into research institutions and universities. And we can do so!

Petra Pinzler: I want to make a cut here, because the book is actually about inequality. I think we have to talk about inequality. Most of the things you just said, I would probably argue you will agree with: we need more investment in infrastructure, we need more investment in education. Nevertheless, having read through these couple of hundred pages, inequality is the issue and you argue: We will not overcome it just

by those measures. We need politics. It is about politics, stupid! You agree: politics is important. How much is it about taxes?

Olaf Scholz: I already said – and I am ready to repeat it: there is a necessity for a debate about just taxes. We will have different situations in any country, because there are some countries where the rich people don't pay any tax. And they won't get out of a very good situation for the public budget unless they manage this. This is where the European question also comes in, because if we don't have some regulations at a European level, it is too good an idea for some governments to think that if they reduce taxes, they will have some benefits from that. We should get out of this situation. This is my point of view.

So, Europe is also a question of fighting inequality, because we have a common regulation on questions like this.

The second is that there are countries like for instance Germany, where it is necessary to discuss about the justness of the tax system. But anyone who knows what is going on, knows that we won't get more money if it is a bit more just. So, the problems we have to solve are different from that. They are a question of priorities and what we spend our money for.

Thomas Piketty: We need at the same time to simplify, modernize our tax systems in some cases to make them more progressive. But it has to come with simplification, modernization. I fully agree, if you take the bureaucracy of the tax system in Greece, there is a lot that needs to be changed. Not only in Greece! I can tell you, in France the tax system is incredibly complicated and could have been reformed a lot more these past few years. But in the case of Greece in particular and even in the French or German debate with tax reforms, there is a lot of hypocrisy, because we are asking the Greeks to make their rich citizens pay more tax, which is a very reasonable demand, and certainly, they should do that. But at the same time, we are very happy in French banks or German banks to receive the financial assets of rich Greek citizens. And we don't send the information back to the Greek tax administration. We don't even have as of today the automatic transmission of information about cross-border financial assets that we should have. It is only because the U.S. government puts sanctions on Swiss banks that we started to discuss this issue again in Europe. But this is not yet implemented. In Europe, we talk a lot about this, but we don't do much. We don't do anything in many cases!

I think this has to do with a lack of the governance system itself. It is a problem. Again, talking about reforms in Greece, what have we seen these past four months? We have had Europe group meetings all the time. Nobody knows basically what they are talking about. The debates are not public. The discussions are not public. The arguments that are being exchanged are not public. Is this a government system that is working? When I talk about the euro-zone chamber, this is not just for the sake of talking about political institutions. I think it is part of the economic and social problem we have to solve. If we don't have public deliberation in the euro-zone, and if we don't have also a

system where each country is represented not only by one finance minister but by 20, 30 parliament members, so that people don't work just on the basis of their nationality, we won't get to the kind of tax cooperation that could solve our problem.

We, France and Germany, as large countries already don't manage to ensure that large multinational corporations pay a tax rate, an effective tax rate that is at least as large as our small and medium-sized businesses because we all get screwed up by Luxembourg and other tax optimization strategies of large multinationals. Also, you want Greece to solve the problem, if Germany and France are not able to solve it?! We agree with this, but the implication is that the governance system itself has not worked so far to deliver a solution. And it will not work any better, if we don't question it more radically.

Petra Pinzler: I like it very much that you actually stick to your promise that you gave me at the beginning. Whenever I say Germany and France, you will say "Europe". I love that you talk about Europe a lot. But once again: If we talk about France and Germany, the numbers that you have in your book actually show that inequality is also growing in the well-off countries, in the better-off countries like Germany. What is your solution there?

Thomas Piketty: The reason I am talking about the euro-zone crisis all the time is not because I want to be mean with you. It is just that I think it is important. Different parts of the world have different inequality problems to solve. The main inequality problem in Europe right now is unemployment, in particular youth unemployment. When you have countries, where one quarter or one third of the population begin their lives with no professional experience, this is a main inequality problem. The problem of the top one percent getting very rich is a problem for the U.S.; this is not the main problem in Europe. It is not a coincidence if Occupy Wall Street happened in Wall Street rather than in Brussels or Berlin or Paris. I am not saying this is not important. But I make clear in my book that the rise in the share of national income or wealth going to the very rich has been much more moderate in Europe than in the U.S. – thanks to our better social policies and tax policies.

I still believe that our European social model in many ways is working better – except that there are problems like the public debt in the euro-zone that we don't address very well. There is tax competition for the corporate tax. It is not only a problem for Greece but also for France, Germany and the entire euro-zone that we don't address well. There are different solutions. Inequality takes different forms in different parts of the world. I don't believe in one solution, a one-size-fits-all solution for every year, every country.

Petra Pinzler: Anything to add or to disagree?

Olaf Scholz: I agree with the question that we have to get out of the system of tax competition. I've already said that this should be solved at a European level. I am not

that sure whether a special parliament for the euro-zone and then a parliament that comes from the national countries is the right solution. But I think there should be some decisions made on this level.

There has been some progress. This has to be admitted by the governments: now to get more control information between the banks about people paying. But it is not at the level we would like to have it. And it is so difficult to get especially the smaller countries who made a business model out of it to have lower taxes and do not inform the others, to change the situation. But some progress has been made.

We have at an international level the necessity for new agreements on the question. And we have at a European level the necessity to have regulations which should, in my opinion, be implemented in the end by the European Parliament which have common taxes and information systems we need, especially at a company level.

From my point of view, there is one underestimated aspect of the European Union. We are 500 million people. This is more than the U.S. We have a labor market of 220 million people with free access to any job in any of the countries of the European Union. I think more by cultural habit, we don't have a labor market which uses the opportunities this creates, like the United States. So, if someone is not successful in Illinois, he checks for opportunities in California. This question is not discussed to the same extent by people in our countries, though some tendencies like this can be seen. The growth for instance of Berlin and Hamburg has very much to do with people who try to make the most of their opportunities here. I think we should be very open to that. So, the free movement of labor is something that we should fight for.



This will be a question in the near future, because as you know, there are debates for instance in the United Kingdom about the question. And this will come to us in the next six months to one year. We have to find proper solutions to find a way to make this free movement of labor work. And this is one of the solutions.

In the end, we should understand that it is necessary for us to have a situation where new companies will be built when new jobs exist and where the market is able to become competitive even for new companies coming up. To make a question that bothers me very much is not just the university question, because we have enough money to spend for research in universities – if we want. The question is: How does it happen that an idea, just an idea, possibly an idea which is illegal in Germany – I made it illegal in Hamburg for instance – like Uber gets billions of dollars from the stock market? I wonder if something like this could happen in Europe, that someone has an idea, one or two years back, and then goes to the stock market and says, “pay me two billion euros because it is a good idea.” This is something that does not happen. I think we have to find out, how we can promote new companies and that new jobs will be found and developed by the markets and how we can get them. This is another question we have to work on.

Petra Pinzler: I think we are going to leave this question open. I actually would like to ask you another question, which is: Have you forgotten anything important? This is your show. It is your book. Any message that you still have to deliver?

Thomas Piketty: I can't find new messages. To me, this entire debate has been extremely interesting in the whole process of touring for the book and discussing with many people just like today has been extremely interesting. Probably, the most important thing that I ever learned and the most interesting impact of the publication of the book to me is that this has led more governments, particularly in emerging countries, to open up their data sources on income and wealth and fiscal archives that were not available before. So, what I am doing a lot right now, when I am not travelling to Berlin for a debate is to work on emerging countries, on inequality in China, in Brazil, in Mexico where we now have access to fiscal data that we did not have access to before. I am very interested in Europe and North America, but I am very happy now to be able to spend more time on emerging countries which are probably too absent from my book. It is not that I was not interested, it's that I was not able very often to access the data that we are now able to access. I think there is a lot to learn from all these countries' experience, including from Europe. So, I hope, next time when I return to the Friedrich Ebert Foundation, I will be able to report on some of these findings.

Petra Pinzler: We are really looking forward to it. Let me add two more things that I learned from the book. First, we all should read Balzac – again. The second is, while reading Balzac, I actually learned that I should have married a rich man instead of doing this work to become really rich; because I didn't get these two billion. Maybe, because I didn't have this great idea. But I would not have had that much fun not doing this job that I did. So, thanks a lot to both of you.

—
Preisverleihung

Das politische Buch 2015

Berlin, 20. Mai 2015



Laudatio auf Thomas Piketty

—
Klaus Hohlfeld

Sprecher der Jury „Das politische Buch“

Das politische Buch, das die Jury für die diesjährige Preisverleihung vorgeschlagen hat, ist bereits ein Weltbestseller: Thomas Piketty, „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Man könnte der Jury mit Recht die Frage stellen, ob es besonders sinnvoll und originell ist, ein Buch, das bereits einen solchen Erfolg hat, als das preiswürdigste herauszustellen. Diese Frage hat in der Tat in der Diskussion der Jury eine Rolle gespielt. Wir sind aber zu der Einsicht gelangt, dass es sich hier um ein Buch handelt, das wie zurzeit kaum ein anderes eine Aussage von höchster Brisanz trifft. Es ist ein Buch, das bisherige Rahmen sprengt. Es ist ein wissenschaftliches Werk, das allen Ansprüchen gerecht wird, aber auch ein politisches Bekennt-

nis, das auf die gegenwärtige Situation der Wirtschaft und Gesellschaft in der westlichen Welt eingeht. Es gibt Impulse für politisches Denken und Handeln ganz im Sinne der Sozialen Demokratie.

Die überragende wissenschaftliche Leistung, die mit dem Buch dokumentiert wird, wurde von Fachleuten gebührend gewürdigt. Der Jury ging es um die politische Bedeutung des Buches, dessen Kernaussage darin besteht, dass sich im modernen Kapitalismus das Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit immer stärker zugunsten des Kapitals verschiebt und dass die Kapitalerträge die Quoten des Wirtschaftswachstums übersteigen. Das sind beunruhigende,

aufrüttelnde Aussagen, die zum Nachdenken und vor allem zu aktivem Gegenwirken herausfordern.

Die Frage nach der sozialen Ungleichheit spielt in den politischen Auseinandersetzungen in den westlichen Industrieländern nach wie vor eine zentrale Rolle, gerade auch angesichts der jüngsten Wirtschaftskrisen. Die Demokratie fordert die Gleichheit der Bürgerrechte. Das steht aber im Kontrast zu den faktischen Ungleichheiten der Lebensbedingungen als Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur. Es ist ein Verdienst Thomas Pikettys, dieser Diskussion eine angemessene Materialgrundlage zu geben und Anregungen für Veränderungsmöglichkeiten zu formulieren. Er stellt die Geschichte des modernen Kapitalismus seit dem 18. Jahrhundert in all seinen politischen Voraussetzungen und nationalen Besonderheiten, Ausformungen, Veränderungen und Kontinuitäten dar. Dabei gibt er dem wirtschaftswissenschaftlich weniger Vorgebildeten immer das nötige Basiswissen vor. Die Ungleichheit des Einkommens aus Kapitalerträgen gegenüber dem Arbeitseinkommen hat seit den 1970er-Jahren in den reichen Ländern eklatant zugenommen. Das war aber schon von jeher die Hauptursache sozialer Gegensätze in den Industrienationen. Diese Fakten werden von Thomas Piketty durch ein umfangreiches Quellenmaterial und eine überall vorbildliche Transparenz der Methodik veranschaulicht.

Die politische Dimension des Buches besteht darin, dass Thomas Piketty das Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals mit Reformvorschlägen zu dessen Abmilderung

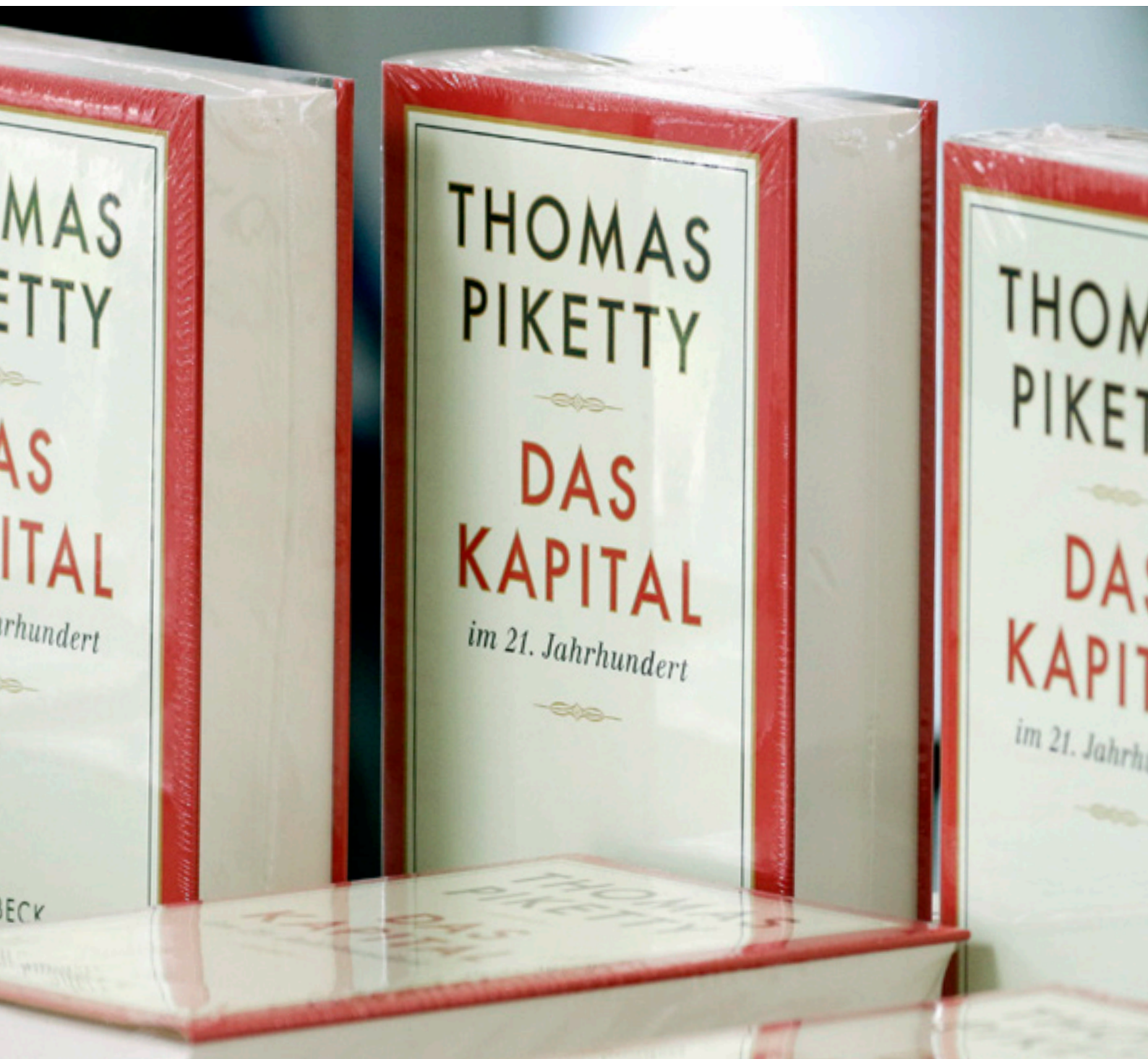
begegnet. Es geht ihm nicht darum, wie er betont, ein Buch gegen den Kapitalismus und gegen die Ungleichheit vorzulegen. Es ist aber ein Buch für ein gerechteres Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Vermögen und Einkommen, zwischen Kapitaleinkommen und Erwerbseinkommen.

Thomas Piketty stellt seinem Buch den Artikel 1 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 voran: „Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.“ Dem modernen Sozialstaat weist Thomas Piketty eine aktivere Rolle als bisher zu, dem Dilemma des Ungleichgewichts entgegenzuwirken. Er sieht Möglichkeiten für ein verändertes Steuerrecht, zum Beispiel mit progressiver Einkommenssteuer und einer globalen Kapitalsteuer im Rahmen eines internationalen Steuersystems.

Auch bei der diesjährigen Preisverleihung soll ein Hinweis auf frühere Preisbücher nicht fehlen, die sich mit dem modernen Kapitalismus befasst haben. 2010 wurde das Buch von Rolf Hosfeld „Die Geister, die er rief“ ausgezeichnet. Es ging um Karl Marx und seine kritische Theorie zum entfesselten und ungezügeln Kapitalismus. Peer Steinbrück, der Autor von „Unterm Strich“, dem Preisbuch von 2011, wirbt für ein Gleichgewicht von Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit, dessen Störung gerade während der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders sichtbar wurde. Colin Crouch befasst sich in seinem Preisbuch von 2012 „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ mit der Macht der Großkonzerne, die die Märkte beherrschen bis zu deren Ausschaltung.

Das Buch, das wir heute auszeichnen, hat bereits beispiellose internationale Resonanz erzeugt wegen der hier ausgewiesenen wirtschaftswissenschaftlichen Kompetenz und der politischen Brisanz seiner Aussagen. Ganz sicherlich rührt die Resonanz auch aus dem allgemeinen Unbehagen darüber, dass sich in unserer Industriegesellschaft, die sich ja auch weitgehend als Leistungsgesellschaft versteht, eine resignative Stimmung breitmachen könnte. Wenn der Wohlstand,

wie es Thomas Piketty erklärt, weitgehend nicht durch Arbeit erzielt wird, sondern vererbt oder durch fragwürdige Spekulation auf dem Kapitalmarkt erzielt wird, dann verliert die Arbeit, durch die sich die meisten Menschen ja auch in hohem Maß definieren, ihren inneren Wert und ihre Würde. Und ebenfalls beunruhigend ist die Tatsache, dass die unkontrollierte Macht des Kapitals mehr Einfluss auf Politik und Gesellschaft hat als die demokratisch legitimierte Politik.



Die Begründung der Jury

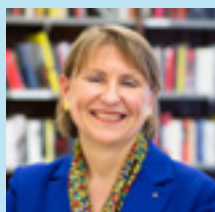
Vor 150 Jahren erschien das „Kapital“ von Karl Marx. Auch heute ist die Auseinandersetzung über die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft hochaktuell. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty zeigt in seinem herausragenden Buch auf, wie sich Strukturen von Kapital und Einkommen in den letzten Jahrhunderten verändert haben und wie die fortschreitenden Ungleichheiten die Demokratie infrage stellen. Insbesondere seit den 1970er-Jahren hat in den reichen Ländern das Missverhältnis zwischen Einkommen aus Kapitalerträgen und Arbeit zuungunsten des Arbeitseinkommens eklatant zugenommen. Piketty stellt nicht den Kapitalismus infrage und auch nicht das Wachstumsmodell, aber er plädiert ganz entschieden für ein Umdenken im Sinne der demokratischen Forderung nach Gleichheit der Bürgerrechte, um die jahrhundertelange Entwicklung der Ungleichheit der Lebensbedingungen zu beenden und Veränderungen anzustoßen.

Basierend auf der Auswertung einer beeindruckenden Fülle von Quellen entwickelt Piketty Reformvorschläge für ein gerechteres Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Mit seiner klaren und verständlichen Sprache ermöglicht er auch wirtschaftswissenschaftlich weniger Vorgebildeten, sich mit dem komplizierten Stoff vertraut zu machen und sich aktiv an der Diskussion über Kapital und Einkommen zu beteiligen. Piketty hat mit seinem Buch einen wegweisenden Beitrag zu der hochaktuellen Debatte über wachsende Ungleichheit, soziale Gerechtigkeit und Verteilungsfragen geleistet.



© Reiner Zensen/FES

Dr. Klaus Hohlfeld
Sprecher der Jury



© Jan Meier

Barbara Lison



© Reiner Zensen/FES

Werner Stephan



© privat

Jens Hundrieser



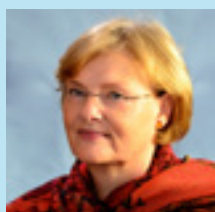
© Reiner Zensen/FES

Wolfgang Budde-Roth



© Bücherverband Österreichs (bvö)

Gerald Leitner



© Dirk Vogel/privat

Dr. Annette Kasper



© SFI, Bremen

Horst Baracewski



© Universitäts- und Landesbibliothek
Münster

Dr. Beate Tröger

Liste der empfohlenen Bücher 2015

Heinz Bude

Gesellschaft der Angst

Hamburger Edition, Hamburg 2014, 150 Seiten



Ausgehend von der These, dass Angst eines der wichtigsten prägenden Momente des sozialen Miteinanders ist, beschreibt der Soziologe Heinz Bude die Rahmenbedingungen und die Entstehung eines breiten Spektrums sozial motivierter und sozial wirksamer Ängste wie zum Beispiel Risikoangst, Angst vor Liebes- oder Statusverlust und Entscheidungsangst. Bude sieht Ängste als Auslöser von Konflikten und antidemokratischen Entwicklungen. Als einen Ausweg aus diesem Dilemma betrachtet Bude eine repressionsfreie diskursive Auseinandersetzung in Gesellschaft und Politik.

Paul Collier

Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen

Siedler Verlag, München 2014, 320 Seiten



Paul Colliers Buch ist ein wohlthuend nüchterner Beitrag zu einer aktuellen und oft sehr emotional geführten Diskussion. Seine Frage ist nicht, ob Migration (wohl unterschieden vom Recht auf Asyl) gut oder schlecht ist, sondern welche Wirkungen sie auf den Einzelnen sowie sein Ziel- und sein Herkunftsland hat. Wichtige Parameter sind für ihn die Intensität der Integration sowie die Bewahrung der sozialen Bindekräfte. Collier diskutiert verschiedene Systeme der Migrationssteuerung und gibt wichtige Denkanstöße zur Gestaltung zukünftiger Migrationspolitik.

Yvonne Hofstetter

Sie wissen alles. Wie intelligente Maschinen in unser Leben eindringen und warum wir für unsere Freiheit kämpfen müssen

C. Bertelsmann Verlag, München 2014, 352 Seiten



Big Data bietet enorme Chancen, gleichzeitig drohen Überwachung und Kontrolle, eine Welt ohne Geheimnisse und Privatheit. Die Datenmassen, die durchs weltweite Netz fluten, sind allein noch kein Risiko. Die Gefahr für die freiheitliche Gesellschaft geht von intelligenten Algorithmen aus, die häufig im Besitz privater Unternehmen sind. Sie analysieren uns, um uns zu kontrollieren – autonom, schnell, überall und immer. Hofstetter fordert so kenntnisreich wie vehement dazu auf, das einzige Supergrundrecht unserer Gesellschaftsordnung, die Menschenwürde, gegen die digitale Revolution zu verteidigen, damit aus unserem digitalen Zwilling kein digitaler Zombie wird.

Konrad Paul Liessmann

Geisterstunde. Die Praxis der Unbildung. Eine Streitschrift

Paul Zsolnay Verlag, Wien 2014, 192 Seiten



Das Buch von Konrad Paul Liessmann bereichert die Bildungsdebatte in den deutschsprachigen Ländern wohlthuend. Es mahnt die richtige und erforderliche kritische Auseinandersetzung mit der maßlosen und überzogenen Bildungsverflachung im Dienst ökonomisch veranlasster Regularien an. Liessmann belässt es nicht bei detaillierten Analysen der Fehlentwicklungen, sondern bietet auch Lösungsvorschläge. Diese Vorstellungen faszinieren, können wegen der entwickelten Utopien jedoch auch Kritiker auf den Plan rufen. Aber das ist ja sicherlich auch Sinn einer Streitschrift. Insgesamt ist es ein absolut lesenswertes Buch, dem zu wünschen ist, dass es die gebührende Beachtung findet.

Mariana Mazzucato

Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum

Verlag Antje Kunstmann, München 2014, 302 Seiten

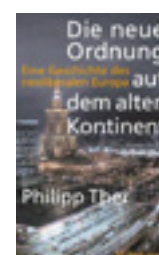


In ihrem Buch räumt die britische Wirtschaftswissenschaftlerin mit dem neoliberalen Dogma „Der Staat kann nicht wirtschaften, er soll nur die Rahmenbedingungen bereitstellen“ gründlich auf. Sie belegt eindrucksvoll, dass für die meisten großen Innovationen – zum Beispiel Eisenbahn, Internet, Nanotechnologie, Pharmaindustrie oder auch Apple-Produkte – der Staat durch Finanzierung der Forschung die Grundlagen gelegt und oft erst die Anstöße gegeben habe. Er habe Risiken übernommen, die der private Sektor nicht tragen wollte oder konnte. Das sei auch heute die Aufgabe des Staates in der Wirtschaft: die Richtung vorgeben und dann Dinge möglich machen, die sonst nicht möglich wären. Daher müsse der Staat an den Gewinnen teilhaben, um damit neue Initiativen finanzieren zu können.

Philipp Ther

Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa

Suhrkamp Verlag, Berlin 2014, 430 Seiten



Die revolutionären Ereignisse von 1989/90 brachten für den gesamten europäischen Kontinent entscheidende Veränderungen. Philipp Ther geht dem Transformationsprozess in all seinen Facetten nach. Wirtschaftliche, politische, soziale und mentalitätsgeschichtliche Aspekte werden subtil beleuchtet. Persönliche Beobachtungen und historische Analysen schlagen den Bogen von den nachhaltig wirkenden neoliberalen Transformationen bis hin zur aktuellen Situation in Europa. Das westliche Bündnis erweiterte sich nach Osten. Die anfängliche Asymmetrie zwischen West und Ost wich einer solchen zwischen Nord und Süd. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis des heutigen Europas.



Informationen zum Preis „Das politische Buch“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht jährlich den Preis „Das politische Buch“.

Durch den Preis wird die große Bedeutung politischer Literatur für die lebendige Demokratie gewürdigt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung zeichnet herausragende Neuerscheinungen aus, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzen, richtungsweisende Denkanstöße geben und diese Inhalte einem breiten Publikum zugänglich machen.

Der Preis zählt zu den bedeutendsten Buchpreisen dieser Art im deutschsprachigen Raum. Er ist mit 10.000 Euro dotiert.

Die Entscheidung über die Vergabe trifft eine unabhängige Jury. Die Jury erstellt zudem eine Liste mit weiteren empfehlenswerten politischen Büchern.

In mahrender Erinnerung an die nationalsozialistische Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 findet die Preisverleihung jährlich im Mai statt.

Teilnahme

Jeder hat das Recht, Vorschläge beim Sekretariat der Jury einzureichen.

Die Bücher müssen in deutscher Sprache vorliegen.

Der Einsendeschluss für Buchvorschläge ist jeweils der 30. Oktober.

Verlage werden gebeten, von jedem vorgeschlagenen Buch drei Exemplare einzusenden.

Die Preisbücher seit 2000

2015

Thomas Piketty

Das Kapital im 21. Jahrhundert

2014

Hannelore Schläffer

Die City. Straßenleben in der geplanten Stadt

2013

Robert Menasse

Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas

2012

Colin Crouch

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

2011

Peer Steinbrück

Unterm Strich

2010

Rolf Hosfeld

Die Geister, die er rief. Eine neue Karl-Marx-Biografie

2009

Christiane Grefe / Harald Schumann

Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung.
Die Zukunft der Globalisierung

2008

Peter Schaar

Das Ende der Privatsphäre. Der Weg in die Überwachungsgesellschaft

2007

Nadja Klinger / Jens König

Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland

2006

Erhard Eppler

Auslaufmodell Staat?

2005

Carolin Emcke

Von den Kriegen. Briefe an Freunde

2004

Michael Mann

Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können

2003

Gunter Hofmann

Abschiede, Anfänge. Die Bundesrepublik. Eine Anatomie

2002

Michael Howard

Die Erfindung des Friedens. Über den Krieg und die Ordnung der Welt

2001

Heinrich August Winkler

Der lange Weg nach Westen

2000

Wolfgang Engler

Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land

Kontakt

Geschäftsführer der Jury

Dr. Tobias Mörschel

Friedrich-Ebert-Stiftung
Politischer Dialog
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Tel.: 030 26935 7143
tobias.moerschel@fes.de

Sekretariat der Jury

Friedrich-Ebert-Stiftung
„Das politische Buch“
Frau Sabine Kröll
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Tel.: 030 26935 7302
Fax: 030 26935 9239
info.politischerdialog@fes.de

Weitere Informationen zum Preis:

➤ www.fes.de/daspolitischebuch

